



Dr. Matthias Miersch

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der AG der SPD-Bundestagsfraktion
des Parl. Beirats für nachhaltige Entwicklung

[Dr. Matthias Miersch, MdB · 11011 Berlin](#)

Deutscher Bundestag

Paul-Löbe-Haus
11011 Berlin
Ansprechpartnerinnen:
Birgit Heine, Silke Klaproth-Förster,
Elke Walker
Tel: (030) 227 – 71111
Fax: (030) 227 – 76099
Email: matthias.miersch@bundestag.de

Wahlkreis

Kurt-Schumacher-Haus
Odeonstr. 15/16
30159 Hannover
AnsprechpartnerInnen:
Fabian Böer, Heidrun Hellemann,
Frauke Meyer-Grosu
Tel: (05 11) 16 74 303
Fax: (05 11) 92 03 190
Email: matthias.miersch@wk.bundestag.de

www.matthias-miersch.de

Berlin, 16.01.2009

Liebe Bürgerinnen und Bürger,
liebe Genossinnen und Genossen,

dieses ist meine erste persönliche Erklärung im Jahr 2009, so dass ich zunächst Ihnen und Euch ein gutes – vor allem gesundes – Jahr 2009 wünsche.

Alle können verfolgen, dass der „politische Beginn“ gleich durch eine Sondersitzung des Deutschen Bundestages geprägt wurde, um das größte Konjunkturpaket in der Geschichte der Bundesrepublik auf den Weg zu bringen. Anlass genug also, die gute Tradition fortzusetzen und wieder direkt meine Gedanken aufzuschreiben:

Vorweg möchte ich betonen, dass nach meiner Einschätzung kein Mensch und vor allem kein „Experte“ die Zukunft verlässlich vorhersagen kann. Wer die Medien verfolgt, der sieht die große Differenz in den Vorschlägen der „Fachleute“. Es galt und gilt, Stabilität zu erreichen. Dieses kann nur der Staat gewährleisten, wenngleich auch dabei zu berücksichtigen ist, dass Politik nicht alle Dinge garantieren kann – zumal viele Dinge auch im europäischen und globalen Kontext zu sehen sind. Wenn wir die Prognosen und Entwicklungen im europäischen Ausland oder auch in den USA betrachten, so sehen wir, dass in Deutschland viele Dinge heute nur möglich sind, weil unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung Haushalte konsolidiert- und Sozialkassen stabilisiert wurden. Ich finde, wir müssen immer wieder betonen, mit welchen Missständen uns die Marktgläubigen von CDU/FDP bereits 1998 konfrontiert haben.

Nun zu den aktuellen Beschlüssen: Ich habe bereits auch öffentlich betont, dass ich sehr skeptisch bin, ob Steuer- und Abgabensenkungen positive Effekte haben. Für die einzelne Familie sind die Vorteile begrenzt und teilweise erst verspätet spürbar. Mit der zuvor vorgenommen Festsetzung des einheitlichen Beitragssatzes im Rahmen des Gesundheitsfonds entsteht zudem ein schiefes Bild. Gleichzeitig kosten diese Maßnahmen viele Milliarden, so dass der Effekt für den einzelnen Menschen gering, die Folgen für die Gemeinschaft jedoch groß sind. Es wird darüber hinaus auch schwer, die Einnahmen (Steuern, Abgaben) später



Dr. Matthias Miersch
Mitglied des Deutschen Bundestages

wieder den Ausgaben anzupassen. Ich verweise auf meine früheren Erläuterungen. Wer eine gute Gesundheitsversorgung breit gewährleisten will, muss auch die Einnahmeseite gerecht regeln. Der Fonds konnte und kann nur ein erster Schritt sein. Wir brauchen die Bürgerversicherung! Bereits ohne Finanzkrise haben wir 40 Mrd. EUR nur auf Bundesebene für Zinsen ausgegeben, da wir Jahrzehnte über unsere Verhältnisse gelebt haben. Wer jetzt den Eindruck erweckt, der Staat könne sich Steuersenkungen im großen Stil leisten, verkennt die Folgen für nachfolgende Generationen.

Nun sind wir wieder einmal nicht allein auf dieser Welt. Man konnte die Forderungen der CSU vernehmen. Die FDP hat im Bundestag noch einmal viel höhere Steuersenkungen gefordert und gleichzeitig den Schuldenaufbau kritisiert?! Man sieht daran, dass es zumindest ein Erfolg der SPD-Verhandlungsdelegation ist, dass durch die Senkungen im Eingangssteuersatz und bei den Abgaben der Schwerpunkt auf die kleinen und mittleren Einkommen gelegt worden ist.

Für mich besteht das Herzstück des Pakets jedoch in dem Paket für öffentliche Investitionen in Bildung und Ökologie. Hier entsprechen die Beschlüsse dem Konzept von Frank-Walter Steinmeier. Wir müssen nun erreichen, dass möglichst viele Kommunen im Wahlkreis profitieren. Da der Bund den Kommunen nicht direkt das Geld geben kann, muss jetzt das Land schnelle, unbürokratische und vor allem gerechte Regeln treffen. Aufträge sichern Arbeitsplätze, Investitionen in Bildung, Krankenhäuser, Verkehr und Städtebau verbessern die Rahmenbedingungen und sparen gleichzeitig Folgekosten, wenn die energetische Sanierung berücksichtigt wird. Dieses sind mehrere positive Effekte, die auf jeden Fall nützlich sind, wemgleich auch hier berücksichtigt werden muss, dass die allein 13 Mrd. des Bundes für die einzelne Kommune auch nur begrenzte Mittel darstellen und mit der Bauwirtschaft nur ein bestimmter Wirtschaftsbereich gestützt wird. Dennoch glaube ich, dass das die wichtigste und sinnvollste Maßnahme im Paket ist.

Was die sogenannte Abwrackprämie betrifft, habe ich Verständnis für die Kritiker. Allerdings gibt es wiederum hier viele „Experten“, die diese Maßnahme für sinnvoll halten. Wir werden sehen. Auf jeden Fall ist es ein Paket, das natürlich Kompromisse beinhaltet. Meine Einschätzung habe ich dargelegt und ich hoffe, dass vor allem für unsere Kommunen positive Dinge erreicht werden. Zunächst muss man sehen, wie nun der Bundesrat und dort die FDP agiert.

Auf weitere ganz wichtige Erfolge im Rahmen der Verhandlungen möchte ich in Stichworten Hinweisen: Der Mindestlohn in der Zeitarbeit ist ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg zum gesetzlichen Mindestlohn. Die Anhebung der Kinderregelsätze im SGB II und SGB XII ist auch wichtig, wemgleich ich stets auch Sachleistungen (kostenloses Mittagessen ...) immer wieder fordern werde. Schließlich tragen die Beschlüsse zur Möglichkeit der Kurzarbeit, Qualifizierung und für zusätzliche Stellen in den ARGEN sozialdemokratische Handschrift.



Dr. Matthias Miersch
Mitglied des Deutschen Bundestages

Abschließend ein kleiner Ausblick:

Die Diskussionen werden weiter gehen. Die Banken und einige CDU/FDP Politiker wollen z.B., dass der Staat von den Banken die „schlechten Papiere“ aufkauft. Man sieht, wie unterschiedlich die Forderungen sind. Insgesamt kann man immer wieder erkennen, wie regiert werden würde, wenn die SPD nicht in der Verantwortung wäre. Die Mehrzahl der Maßnahmen trägt jetzt jedoch eine sozialdemokratische Handschrift: Die bereits beschlossenen Maßnahmen zum Kredit- und Bürgschaftsprogramm, die Ausweitung von und Entlastung der Betriebe bei Kurzarbeit und jetzt die Einbeziehung weiterer 1,7 Mio. weiterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in die Regelung zu Mindestlöhnen sind ganz wichtige Schritte. Natürlich wollen wir mehr. Deshalb müssen wir auch über unsere Erfolge reden!

Herzliche Grüße!

Matthias Miersch